

Die gesetzlichen Grundlagen zur Statistik über die Besoldungen der Lehrer der Volksschule

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Archiv für das schweizerische Unterrichtswesen**

Band (Jahr): **32/1946 (1946)**

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-44563>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die gesetzlichen Grundlagen zur Statistik über die Besoldungen der Lehrer der Volksschule

* Neuordnung der Lehrerbesoldung 1946

Kanton Zürich

Gesetz über die Leistungen des Staates für das Volksschulwesen und die Besoldungen der Lehrer (vom 2. Februar 1919).

Verordnung über die Ausführung von Paragraph 3 des Gesetzes über die Leistungen des Staates für das Volksschulwesen vom 2. Februar 1919 (vom 27. Mai 1935).

Gesetz über die Leistungen des Staates für das Volksschulwesen und die Besoldungen der Lehrer (vom 14. Juni 1936.) (Abänderung einiger Art.)

Abänderung des *Beschlusses des Kantonsrates* über die Ausrichtung von Teuerungszulagen an das Staatspersonal vom 27. Dezember 1944 (vom 17. Dezember 1945).

Vollziehungsbestimmungen zum Kantonsratsbeschuß vom 17. Dezember 1945 über die Ausrichtung von Teuerungszulagen an das Staatspersonal (vom 4. Januar 1946).

Kanton Bern *

Gesetz betreffend die Besoldungen der Lehrerschaft an den Primar- und Mittelschulen (vom 22. September 1946). In Kraft am 1. Januar 1947.

Dekret über die Ausrichtung von Teuerungszulagen an die Lehrkräfte der Primar- und Mittelschulen für das Jahr 1947 (vom 26. November 1946). In Kraft am 1. Januar 1947.

Kanton Luzern

Erziehungsgesetz des Kantons Luzern (vom 13. Oktober 1910, in Kraft getreten 30. November 1910).

Dekret über die Besoldungen der administrativen und gerichtlichen Beamten und Angestellten des Staates sowie der Lehrerschaft für die Jahre 1945 bis 1947 (vom 15. Mai 1945). In Kraft seit 1. Juli 1945.

Dekret über die Ausrichtung von Teuerungszulagen an das Staatspersonal im Jahre 1947 (vom 22. Oktober 1946).

Aus satztechnischen Gründen war es nicht möglich, die gesetzlichen Grundlagen, die Teuerungszulagen und die Kompetenzen tabellarisch darzustellen. Die gesetzlichen Grundlagen sind hier gesammelt, die Teuerungszulagen und die Kompetenzen als Textteil an ihrem Orte eingeordnet.

Kanton Uri

Gesetz betreffend Beitragsleistung des Kantons an die Lehrerbesoldungen (vom 6. Mai 1923, revidiert am 1. Mai 1932). Für die Sekundarlehrer besteht keine gesetzliche Regelung, die Anstellung geschieht durch Vertrag. Revision angemeldet.

Kanton Schwyz *

Besoldungsgesetz für die Lehrer der öffentlichen Volksschulen im Kanton Schwyz. Vom Großen Rat angenommen 30. Juni 1946, vom Volk angenommen 10. November 1946 (in Kraft 1. Januar 1947).

Kantonsratsbeschluß über einen Beitrag an finanzschwache Gemeinden zur Ausrichtung von Teuerungszulagen an die Lehrerschaft vom 25. Januar 1946.

Kanton Obwalden

Abänderung des *Schulgesetzes* (vom 25. April 1920).

Kanton Nidwalden

Keine gesetzliche Regelung. Die Lehrkräfte werden von den Gemeinden nach Übereinkunft besoldet.

Kanton Glarus *

Gesetz über die Besoldung der Lehrer vom 5. Mai 1946. (Betrifft die Abänderung der Paragraphen 1-4 des Gesetzes über die Besoldungen vom 15. Mai 1929, sowie der Paragraphen 52 und 61 des Schulgesetzes vom 11. Mai 1873).

Kanton Zug

Gesetz betreffend die Besoldung der Primar- und Sekundarlehrer (vom 31. Januar 1921).

Gesetz über die Abänderung des Gesetzes betreffend die Besoldungen der Primar- und Sekundarlehrer vom 31. Januar 1921 (vom 18. Dezember 1939).

Kanton Freiburg

Gesetz über die Gehälter (vom 23. Dezember 1919). (Regelung der Besoldungsverhältnisse der Staatsbeamten, Angestellten, der Lehrerschaft aller Stufen usw.).

Dazu diverse *Beschlüsse des Staatsrates* betreffend Ausrichtung von Teuerungszulagen (vom 22. Dezember 1942, 16. Juli 1943, 20. Juni 1944 und 22. Dezember 1945) (in Kraft ab 1. Januar 1946).

Kanton Solothurn *

Gesetz über die Primarschulen (vom 27. April 1873 mit den seitherigen Abänderungen, Ausgabe 1937).

Gesetz über die Besoldung des Lehrpersonals der Primar-, Arbeits- und Bezirksschulen des Kantons Solothurn (vom 22. Dezember 1946). In Kraft 1. Januar 1947.

Auszug aus dem *Protokoll* des Regierungsrates (vom 14. Januar 1927). Betrifft die Regelung der Wohnungsentschädigung für die Primarlehrerschaft. Überprüfung im Jahre 1947.

Verordnung über die Altersgehaltszulagen an die Primar- und Bezirkslehrer und die Arbeitslehrerinnen (vom 18. Dezember 1941).

Die Ansätze für die Arbeitslehrerinnen werden 1947 neu geordnet, die übrigen Kategorien sind im neuen Gesetz berücksichtigt.

Kanton Baselstadt

Die Besoldungen werden vom Staate entrichtet. *Lehrerbesoldungsgesetz* (vom 13. November 1919, mit den Abänderungen vom 25. November 1926 und 11. Dezember 1930).

Gesetz betreffend Abänderung des Lehrerbesoldungsgesetzes vom 13. November 1919 (vom 28. September 1944).

Regierungsratsbeschluß betreffend Ausrichtung von Teuerungszulagen (vom 20. Dezember 1945).

Kanton Baselland

Gesetz betreffend das Dienstverhältnis der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Staates sowie der Lehrer und Pfarrer (vom 14. November 1944).

Landratsbeschluß betreffend die Neuordnung der Teuerungszulagen ab 1. Oktober 1946 und die Ausrichtung einer Herbstzulage 1946 an das Staatspersonal, die Lehrer und Pfarrer sowie an die Rentenbezüger (vom 3. Oktober 1946).

Vollzugsbestimmungen zum Landratsbeschluß vom 3. Oktober 1946 (vom 8. Oktober 1946).

Kanton Schaffhausen

Gesetz über die staatlichen Besoldungsverhältnisse (Besoldungsgesetz) (vom 24. Mai 1943). Novelle zum Besoldungsgesetz vom 1. Juli 1919.

Dekret über die Besoldungen der kantonalen Beamten, Angestellten und Arbeiter (vom 24. Mai 1943).

Verordnung des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen über die Anwendung des Besoldungsdekretes im Erziehungswesen (vom 19. November 1943).

Verordnung des Regierungsrates des Kantons Schaffhausen über die Zuweisung von Teuerungszulagen ab 1. Januar 1946 (vom 13. Februar 1946).

Kanton Appenzell Außerrhoden

Es existieren keine gesetzlichen Bestimmungen über die Höhe der Besoldungen. Der Staat leistet Zuschüsse, die im *Gesetz* betreffend die Beiträge des Staates an die Lehrerbesoldungen vom 28. August 1918 festgelegt sind. Ein Entwurf zu einem neuen *Gesetz* über die Beteiligung des Staates an den Lehrerbesoldungen wird voraussichtlich der Landsgemeinde 1947 vorgelegt. (siehe Detailstatistik des Lehrervereins Appenzell A.Rh. Mai 1946).

Kanton Appenzell Innerrhoden *

Großratsbeschluß über die Revision der kantonalen Schulverordnung betreffend die Besoldung der Lehrkräfte und die Staatsbeiträge an die Schulgemeinden (vom 25. November 1946). Abänderung der Art. 10 und 26 der kantonalen Schulverordnung).

Kanton St. Gallen *

Gesetz über die Lehrergehalte und die Staatsbeiträge an die Volksschule. Erlassen am 19. November 1946, in Kraft getreten am 5. Januar 1947, in Vollzug auf 1. Januar 1947.

Kanton Graubünden *

Gesetz betreffend Besoldung der Volksschullehrer (vom 13. Oktober 1946). In Kraft seit 1. Oktober 1946.

Kleinrats-Beschluß (vom 18. Juli 1941) (betreffend die Ansetzung der wöchentlichen Stundenzahl und Besoldung der Arbeitslehrerinnen).

Kanton Aargau

Verfassungsbestimmung und Gesetz über die Leistungen des Staates für das Volksschulwesen (vom 10. November 1919).

Vollziehungsverordnung zum Gesetz über die Leistungen des Staates für das Volksschulwesen (vom 16. Januar 1920).

Gesetz betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes über die Leistungen des Staates für das Volksschulwesen (vom 5. Februar 1923).

Regierungsratsbeschluß betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der Vollziehungsverordnung zum Gesetz über die Leistungen des Staates für das Volksschulwesen vom 16. Dezember 1920 (vom 10. August 1923).

Dekret über die Errichtung einer Ausgleichskasse für Kinderzulagen an das Personal der Staatsverwaltung und an die Lehrerschaft (vom 1. Februar 1945).

Abänderung dieses Dekrets vom 4. November 1946 (betrifft Kinderzulage Verrechnung mit Ausgleichskasse).

Großratsbeschluß über die Ausrichtung von Teuerungszulagen an die Lehrerschaft der Volksschule für das Jahr 1946 (vom 10. Januar 1946).

Kanton Thurgau *

Gesetz über die Besoldung der Lehrkräfte und die Ausrichtung von Staatsbeiträgen an die Schulen (vom Großen Rat angenommen am 12. Juli 1946, vom Volk angenommen 3. November 1946). In Kraft am 1. Januar 1946.

Kanton Tessin *

Legge sugli stipendi delle maestre delle case bambini, dei docenti delle scuole elementari, dei docenti delle scuole maggiori, dei funzionari scolastici e degli insegnanti delle scuole pubbliche cantonali. Vom Großen Rat beschlossen 29. Oktober 1946. In Kraft auf Beginn des Schuljahres 1946/47 (September/Oktober 1946).

Kanton Waadt

Loi du 19 février 1930 sur l'instruction publique primaire, modifié et complété par les lois des 13 mai 1937 et 7 décembre 1942.

Arrêté du 28 décembre 1945 sur l'octroi d'allocations familiales au personnel d'administration cantonale vaudoise.

Décret du 12 décembre 1945 sur l'octroi d'allocations exceptionnelles de renchérissement au personnel d'Etat pour l'année 1946.

Kanton Wallis

Gesetz betreffend das Anstellungsverhältnis der Lehrer und Lehrerinnen der Primar- und Fortbildungsschulen (vom 15. November 1930). Für die Teuerungszulagen gibt es keine gesetzliche Grundlage. Sie werden auf Antrag des Staatsrates vom Großen Rate beschlossen.

Kanton Neuenburg

Loi sur l'enseignement primaire (du 18 novembre 1908 mit Revisionen bis 1940).

Décret concernant le versement d'allocations de renchérissement aux titulaires de fonctions publiques et aux bénéficiaires de pensions (du 18 février 1946).

Loi sur les allocations familiales (du 18 avril 1945).

Règlement d'exécution de la loi sur les allocations familiales (du 14 novembre 1945).

Kanton Genf

Loi sur l'instruction publique (du 6 novembre 1940).

Loi accordant, pour l'année 1946, des allocations de vie chère et des allocations pour enfants aux magistrats, fonctionnaires, chefs de travaux et assistants, employés et ouvrier de l'État de Genève, y compris le personnel des établissements hospitaliers (du 2 mars 1946).